

ZEIT FÜR GRÜN



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

JUNI 2023

Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen

Das Gymnasium Alfter: Eine Investition in die Zukunft – und eine große Aufgabe hier und jetzt

Unser Anspruch: Nachhaltige Politik für Alfter

Für die Politik der Grünen ist die Idee der Nachhaltigkeit von zentraler Bedeutung. Eine nachhaltige Entwicklung bedeutet, die Bedürfnisse der Gegenwart so zu befriedigen, dass die Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht eingeschränkt werden. Nachhaltigkeit hat dabei mehrere Facetten. Neben dem Umwelt- und Klimaschutz sind das auch soziale und wirtschaftliche Aspekte. Daran orientieren wir uns auch bei unserer Arbeit im Gemeinderat. Wir schauen genau hin, was die Gemeinde braucht, um den Bedürfnissen aller ihrer Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Entwicklung im ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Sinne gerecht zu werden. Ein aktuelles Thema, an dem man die schwierigen Fragen, die dabei abzuwägen sind, gut verdeutlichen kann, ist das Gymnasium Alfter. Wie schaffen wir es, unserer Pflichtaufgabe als Schulträger im Sinne einer bestmöglichen Bildung unserer Kinder nachzukommen, ohne gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger über Gebühr zu belasten oder andere vordringliche Themen wie etwa den Klimaschutz zu vernachlässigen? In der Vergangenheit wurden wichtige Aufgaben in Alfter zu oft aufgeschoben oder nur halbherzig angegangen. Die Schulsituation ist hier das perfekte Beispiel. Lange Jahre hat Alfter davon profitiert, dass unsere Schülerinnen und Schüler das Bildungsangebot der umliegenden Kommunen, insbesondere Bonn und Bornheim, nutzen konnten. Damit sparte man Investitionen und Kosten für den Betrieb einer eigenen weiterführenden Schule, aber diese Einsparungen waren gerade nicht nachhaltig. Das merken wir heute, wo die Gemeinde Alfter im Schulbereich gezwungen ist zu handeln – bei noch angespannterer Haushaltslage und stark gestiegenen Baupreisen.

Die Realität: Die Gründung einer weiterführenden Schule ist notwendig

Unsere Gemeinde ist ein beliebter Wohnort gerade auch für junge Familien. Den hier lebenden Kindern und Jugendlichen Bildungschancen zu ermöglichen, auch nach der Grundschule, ist eine wichtige, gesetzlich festgelegte Aufgabe der Gemeinde. In den Nachbarkommunen können unsere Kinder aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen nicht mehr wie früher ohne Weiteres unterkommen und es ist dringend notwendig, dass auch Alfter nun endlich mit einer eigenen weiterführenden Schule

zum regionalen Bildungsangebot beiträgt. Auch wenn die Grünen schulpolitisch der Idee der Gesamtschule nahestehen, sind wir den eindeutigen Ergebnissen der Schulentwicklungsplanung und der Elternbefragung gefolgt und haben die Gründung des Gymnasiums Alfter unterstützt.

Unsere Haltung: Kritisch-konstruktiv im Sinne nachhaltiger Lösungen

Den Prozess der Schulgründung begleiten wir seit Beginn intensiv. Dabei wollen wir unserer Verantwortung für die Gemeinde gerecht werden, indem wir kritisch auf die kostenintensiven Maßnahmen schauen. Gleichzeitig suchen wir stets konstruktiv gemeinsam mit allen Beteiligten nach den besten Lösungen, damit die Schule im Sommer 2023 erfolgreich an den Start gehen und sich in den Folgejahren gut entwickeln kann. Das gilt insbesondere auch für die Errichtung des notwendigen Erweiterungsbaus. Er soll ein pädagogisch sinnvolles Arbeiten heute und in der Zukunft ermöglichen und gleichzeitig der angespannten Haushaltslage der Gemeinde Rechnung tragen. Die Gemeindeverwaltung und das pädagogische Gründungsteam des Gymnasiums haben viel dazu beigetragen, dass die Schulgründung erfolgreich war. Leider wurden seitens der Verwaltung im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau und der diesbezüglichen Finanzplanung aber auch unnötige Fehler gemacht. Die wenig transparent und inhaltlich schlecht begleitete sogenannte Machbarkeitsstudie eines Bonner Architekturbüros hat viel Vertrauen in der Zusammenarbeit mit der Politik verspielt. Erst die von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN geforderte Einbeziehung einer professionellen Prozessbegleitung hat hier zu mehr Transparenz und Stringenz geführt. Das Raumprogramm des Gymnasiums legt fest, welche Flächen für den Schulbetrieb benötigt werden. Auch hier haben wir in den letzten Monaten maßgebliche Anregungen eingebracht, um den Erweiterungsbau wirtschaftlicher zu gestalten. Gegenüber der „Machbarkeitsstudie“ konnte so die Nutzfläche des Gymnasiums von 8749 m² auf aktuell 7419 m², d.h. um immerhin rund ein Fünftel reduziert werden. Die von uns eingebrachten konkreten Einsparpotentiale wurden weitgehend umgesetzt. Auch für den weiteren Planungsprozess wurden von uns Raumkapazitäten identifiziert, die im Zuge eines Realitätschecks noch einmal kritisch hinterfragt und auf Einsparpotentiale hin



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würden uns nicht wundern, wenn Sie beim Anblick unserer Zeitung automatisch an Ihre Heizung denken. Selten haben wir erlebt, dass ein Thema derart mit Gerüchten versetzt an die Öffentlichkeit gepusht wurde wie Habecks „Heizungshammer“, wie unter anderem eine große Boulevardzeitung es nannte. Dabei dürfte es auch diesen Zeitungen nicht entgangen sein, dass die Umstellung auf klimafreundliche Heizungsanlagen im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Aus unserer Sicht lohnt es sich, sich einmal mit den klimapolitischen Zielen und dem Gebäudeenergiegesetz auseinander zu setzen. Die Alfterer Grünen haben dazu eine Veranstaltung mit unserer Bundestagsabgeordneten Katrin Uhlig durchgeführt, die auf großes Interesse gestoßen ist. Des-

halb informieren wir über dieses Thema ausführlicher in unserer Zeitung. Interessant für Sie ist in diesem Zusammenhang sicher auch ein Artikel über Argumente gegen die Notwendigkeit klimaschützender Maßnahmen – und warum sie schaden.

In der Alfterer Kommunalpolitik geht spätestens nach der Sommerpause die Diskussion um den nächsten Haushalt los. Die Grünen halten einige Sparvorschläge bereit, um eine Erhöhung der Grundsteuer B in Grenzen zu halten. Lesen Sie in dieser Zeitung, wo wir kritisch auf kostenintensive Maßnahmen schauen.

Den Prozess der Schulgründung begleiten wir seit Beginn intensiv. Wir berichten über unsere Vorschläge, trotz knapper Kassen ein gutes Schulgebäude zu errichten.

Apropos knappe Kassen: Sinnvolle Maßnahmen zum Erreichen der Verkehrswende in Alfter scheitern gerade daran – oder ist es eher der fehlende Wille einer Mehrheit im Rat?

Wenn Sie neugierig sind, wie es unserer zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin in ihrem Amt gefällt, hilft Ihnen ein Blick in diese Zeitung sicherlich auch weiter...

...und wenn Sie dabei stricken wollen: auch da können wir behilflich sein. Versprochen!

**Michael Schroerlücke und
Wilhelm Windhuis**

untersucht werden. Wir freuen uns, dass sich das Planungsteam und die Kolleginnen und Kollegen des Rates darauf eingelassen haben, und danken für die konstruktiven Debatten. Dies alles muss sich jetzt im Weiteren auch nachhaltig positiv auf die Kostensituation auswirken.

Wie geht es nun weiter?

Wir werden die Planung des Erweiterungsbaus weiterhin eng begleiten und einfordern, dass nach guten Qualitätsstandards gebaut wird, aber so kostengünstig wie möglich. Unter anderem werden wir darauf drängen, dass der bereits teuer instandgesetzte Altbau der ehemaligen Hauptschule Oedekoven vollständig ohne weitere Umbauten genutzt wird und dass neue Gebäudeteile nachhaltig gestaltet werden. Die 700 m², die im weiteren Prozess „auf dem Prüfstand stehen“, müssen tatsächlich sehr gründlich geprüft und ihre Notwendigkeit für den erfolgreichen Schulbetrieb kritisch hinterfragt werden. Wir sehen hier weiteres Einsparpotential, welches unserer Auffassung nach umgesetzt werden sollte. Hierbei sollten bei der weiteren Planung auch Möglichkeiten der Mehrfachnutzung von Flächen intensiv geprüft werden.

Darüber hinaus setzen wir voraus, dass die Möglichkeit einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) zur Errichtung des Erweiterungsbaus geprüft wird. Zudem regen wir an, eine modulare Bauweise und eine Aufstockung des vorhandenen Gebäudes in Holzbauweise zu prüfen.

Die Grünen im Alfterer Gemeinderat haben erreicht, dass der gesamte Prozess des Erweiterungsbaus professionell begleitet wird und eine sachliche Diskussion über den Raumbedarf geführt sowie Transparenz hergestellt wurde. Wir versprechen den Menschen in Alfter, dass wir auch weiterhin in einem umfassenden Sinne nachhaltig denken: für die Bildung der Kinder und Jugendlichen genauso wie für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen der Gemeinde. Den Schülerinnen und Schülern, die im August als Gründungsjahrgang im Gymnasium Alfter starten werden, wünschen wir alles Gute, tolle Erlebnisse und spannende Erfahrungen an ihrer neuen Schule.

Dominic Larue & Eckhard Klieme

Finanzen in der Gemeinde Alfter: 1800 Punkte sorgen für Zündstoff

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2023 birgt noch wenig Potential zur Kritik. Das ändert sich aber in den Folgejahren deutlich. Die in Rede stehenden Erhöhungen der Hebesätze auf die Grundsteuer von 1.500%-Punkte ab dem Kalenderjahr 2024 und 1.800%-Punkte ab 2027 würden den Bürgerinnen und Bürgern Einiges abverlangen oder sie überfordern. Daher gibt es enormen Zündstoff, was die folgenden Haushalte betrifft.

Auslöser dieser exorbitanten Anhebung der Hebesätze sind zum einen das Vorhaben des Kämmers, nicht in ein Haushaltssicherungskonzept zu geraten, zum anderen die in den kommenden Jahren anstehenden und dringend erforderlichen Investitionen.

Bis zum Jahr 2026 fallen dabei folgende Auszahlungen an:

- Für den Neubau von zunächst zwei Feuerwehrgerätehäusern Auszahlungen von etwa 12 Mio. Euro und Anschaffungen für den Brandschutz in Höhe von rund 4,5 Mio. Euro.
- Für den Ergänzungsbau des gegründeten Gymnasiums Auszahlungen in Höhe von 30 Mio. Euro. Die Kostenschätzungen insgesamt für den Ergänzungsbau liegen zurzeit bei rund 80 Mio. Euro.
- Für ein weiteres Übergangsheim für Zuflucht-Suchende rund 4 Mio. Euro.

Die in die Jahre gekommenen Feuerwehrgerätehäuser müssen dringend ersetzt werden. Wir können sehr froh sein, eine so leistungsfähige Freiwillige Feuerwehr zu haben. Unsere ehrenamtlich tätige Feuerwehr braucht endlich dem Standard entsprechende Gerätehäuser. Darüber hinaus müssen wir weiter in unsere Feuerwehr investieren, z.B. in dringend benötigte neue Fahrzeuge.

Die Frage, ob die Gemeinde sich eine weiterführende Schule leisten muss, beantworten die Alfterer Grünen mit einem eindeutigen „Ja“. Zwar wäre den Grünen eine Gesamtschule lieber gewesen, der Elternwille war jedoch eindeutig. Bislang waren Alfterer Eltern häufig Bittsteller, wenn sie ihre Kinder in den umliegenden Städten und Gemeinden anmelden mussten. Die freien Plätze in Schulen der umliegenden Städte und Gemeinden wurden darüber hinaus Jahr für Jahr knapper, immer häufiger wurden Alfterer Schülerinnen und Schüler abgewiesen.

Fakt ist: wir haben lange davon profitiert, dass andere Kommunen für uns Schulplätze schaffen. Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Ein Blick in die Presse zeigt: mittlerweile kann Bonn kaum genug passende und wohnortnahe Plätze für die eigenen Kinder bieten. Dass der Bedarf für eine Schule in Alfter ganz objektiv gegeben ist, zeigt auch der Umstand, dass das Alfterer Gymnasium mittlerweile mit vier Eingangsklassen statt der ursprünglich geplanten drei belegt ist. Deswegen haben sich die Grünen für eine moderne weiterführende Schule mit einem angemessenen und vertretbaren Raumplan entschieden.

Für die Alfterer Grünen gilt: Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit bedeuten nicht nur Sparen. Daher stellt sich die Frage: würden wir den zukünftigen Generationen gerecht, wenn wir beispielsweise unsere Infrastruktur verfallen lassen, um zu sparen? Falls wir notwendige Investitionen jetzt nicht tätigen, würden wir den nachfolgenden Generationen später enorme Belastungen auf. Die Grünen sind daher der Ansicht, dass es gerecht ist, heute klug und wirtschaftlich in die Infrastruktur der Gemeinde zu investieren.

Vor dem dargestellten Hintergrund habe die Alfterer Grünen sich dazu entschieden, den Haushalt 2023 mitzutragen. Wir wissen, dass er Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger enthält. Vor allem die Erhöhung der OGS-Beiträge ist schmerzlich, aber angesichts der Notwendigkeit, Defizite bereits in diesem Haushalt abzubauen, notwendig.

Wir Grüne sehen jedoch noch enormen Gesprächsbedarf was den Haushalt 2024 sowie die Grundsteuer-Hebesätze ab 2024 betrifft. Hierzu ist auf unseren Vorschlag eine Lenkungsgruppe gegründet worden, deren Aufgabe es ist, zukünftige Investitionen zu hinterfragen und Möglichkeiten zur Ertragssteigerung vorzuschlagen. Dadurch wollen wir die Voraussetzungen schaffen, in wichtige Zukunftsprojekte investieren zu können. Die Grünen halten auch ihre Forderungen im Bereich Klimaschutz und Verkehrswende aufrecht. Auch diese Politikfelder gehören zur Verantwortlichkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen. Deshalb sehen die Alfterer Grünen keinen Spielraum für Abstriche beim Ausbau des Nahverkehrs oder bei Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs.

Wilhelm Windhuis

Als zweite stellvertretende Bürgermeisterin für die Gemeinde unterwegs...

Im November 2020 wurde ich zur zweiten stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt. Es ist das dritte Mal in der Geschichte der Alfterer Grünen, dass wir einen der stellvertretenden Bürgermeister stellen konnten. Dementsprechend erfreut war ich über meine Wahl. Zu dieser Zeit konnte ich noch nicht ahnen, wie sehr diese Arbeit mein Leben bereichern würde.

Von Anfang an war ich fasziniert von der Vielfalt der Vertretungstermine, die mit diesem Amt einhergehen.

Durch zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde erhalte ich wertvolle Einblicke in ihre Anliegen, Sorgen und Ideen. Es ist mir eine Ehre, als Bindeglied zwischen ihnen und den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung zu wirken und ihre Anliegen zu vertreten. Besondere Freude bereiten mir die Besuche bei den Jubiläarinnen und Jubilaren. Sie haben viel erlebt und können mit ihrem großen Erfahrungsschatz einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für unsere Gesellschaft leisten: durch das Erinnern an Gestern können wir heute wohlüberlegte Entscheidungen für morgen treffen.

Ebenso war es mir vor wenigen Wochen eine besondere Ehre, stellvertretend für unseren Bürgermeister, gemeinsam mit Thomas Klaus, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Zwangsarbeit/„Ausländerkinder-Pflegestätte“ und dem Vorstandsvorsitzenden der VR Bank Bonn Rhein-Sieg, Holger Hürten, eine Erinnerungsstele gegen das Vergessen einer schlimmen Zeit in Alfter zu enthüllen. Diese Stele erinnert an das Schicksal der in Alfter gestorbenen Babys und Kleinkinder der Zwangsarbeiter in der „Ausländerkinder-Pflegestätte“.

Ende April vertrat ich den Bürgermeister erstmals in einer Ratsitzung. Mit großem Respekt übernahm ich die verantwortungsvolle und interessante Herausforderung der Leitung einer Ratsitzung. Diese Aufgabe war für mich eine besondere Erfahrung.

Auch wenn das Amt der zweiten Stellvertretung für den Bürgermeister neben meinem Beruf manchmal zeitaufwändig ist, bin ich doch sehr dankbar, auf diese Weise einen Beitrag für das Gemeinwohl der Gemeinde Alfter zu leisten.

Jeanette Schroerlücke

Klamme Kassen... Wie kann die Gemeinde sparen?

Wir Grüne sehen den Haushalt 2023 als Möglichkeit, in eine intensive Diskussion der kommenden Haushalte der Gemeinde einzusteigen. Nach Vorstellung der Verwaltung soll ab dem Kalenderjahr 2024 die Grundsteuer B massiv erhöht werden. Deshalb beschäftigen wir uns als Teil einer Lenkungsgruppe aus Ratsmitgliedern vertieft mit Einsparpotentialen und Ertragssteigerungen außerhalb der Erhöhung der Grundsteuer B, um eine überproportionale Erhöhung der Steuer zu vermeiden. Wir Grüne haben dazu bereits Prüfaufträge an die Verwaltung gerichtet:

1. Erweiterungsbau Gymnasium

Kann der Erweiterungsbau für das Gymnasium im Rahmen einer ÖPP-Vereinbarung (Öffentlich Private Partnerschaft) erstellt werden und können dadurch Investitionskosten eingespart werden?

Kann der Erweiterungsbau als Anbau in Holzbauweise auf dem vorhandenen Schulgebäude errichtet werden?

2. ISEK Ortskern Alfter

Welche der folgenden Maßnahmen des ISEK im Ortskern Alfter können verschoben oder gestrichen werden, ohne die Förderung zu gefährden?

Schlosspark + Entree	1.425.983 Euro
Freianlage	1.341.044 Euro
Fassaden + Hofprogramm	280.000 Euro
Quartiersarchitektur	77.000 Euro
Neugestaltung Dorfplatz	3.493.885 Euro
Am Herrenwingert	807.898 Euro
Verfügungsfond	50.000 Euro

3. Endausbau Weberstraße

Kann der Endausbau der Weberstraße II. Bauabschnitt, der in 2023 vorgesehen ist, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden? Die Kosten im Haushalt sind derzeit noch mit 820.000 Euro angesetzt.

4. Neue Feuerwehrgerätehäuser

In den kommenden Jahren müssen die Feuerwehrgerätehäuser in Alfter und Witterschlick durch Neubauten ersetzt werden. Die Grünen wollen, dass die neuen Feuerwehrgerätehäuser in Holzbauweise errichtet werden. Die geplanten Kosten werden durch die Holzbauweise nicht erhöht. Vorteil des Holzbaus ist zudem die schnellere Realisierung der Gebäude und deren größere Nachhaltigkeit.

5. Effizienterer Einsatz von Personal

Insbesondere im Bereich der Verkehrsangelegenheiten ist das Verhältnis von Personalaufwendungen zu Erträgen unbefriedigend. Die Verwaltung wird beauftragt, aufzuzeigen, wie das Personal effizienter eingesetzt werden kann.

Ziel der Alfterer Grünen ist es, Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig zu belasten und eine Erhöhung der Grundsteuer im jetzt angedachten Umfang zu vermeiden. Dazu nehmen wir auch gerne Ideen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger entgegen. Falls Sie uns also bei unserem Vorhaben unterstützen wollen, melden Sie sich bitte mit Ihren Vorschlägen unter info@gruene-alfter.de.

Wilhelm Windhuis

Die Geschichte der Alfter Kleinbuslinie 882

2006:

- Bereits im Jahr 2006 beantragten die Alfterer Grünen eine Kleinbuslinie, die die Alfterer Hanglagen mit dem Herrenwingert, der Stadtbahnhaltestelle und dem Bahnhof Roisdorf verbinden sollte.

2015:

- Erst 2015, mit der Umstellung des Busliniensystems in Alfter, ist es gelungen, die Linie einzuführen, die auf Grund geschickter Planung durch den Rhein-Sieg-Kreis mit nur einem Bus gefahren werden kann.
- Obwohl die Anschlüsse an die Stadtbahnlinie 18 in Alfter aufgrund des angenäherten 30-Minuten-Taktes des Kleinbusses nicht immer vorteilhaft waren, wurde die Linie ein großer Erfolg. Dies ist auch dem Rhein-Sieg-Kreis und der Regionalverkehr Köln zu verdanken, denn der Fahrplan war so gestaltet, dass am Bahnhof Roisdorf gute Anschlüsse bestanden haben. Die Linie entwickelte sich schnell zur nachfragestärksten Kleinbuslinie im Rhein-Sieg-Kreis. Allerdings waren auch schnell die Kapazitätsgrenzen erreicht.

2016:

- Deshalb haben die Grünen schon 2016 den Antrag gestellt, die Linie im 20-Minuten-Takt zu bedienen und weitere Bereiche der Hanglagen zu erschließen.

- Schon 2016 war klar, dass für die Taktverdichtung ein weiteres Fahrzeug benötigt würde, was zwangsläufig zu Mehrkosten führt. Dennoch hat der Alfterer Rat seinerzeit einstimmig dem Vorhaben zugestimmt, obwohl die Gemeinde sich auch damals schon in einer schwierigen Haushaltslage befand.

2023:

- Leider ließ die Umsetzung der beantragten Verbesserungen durch den Rhein-Sieg-Kreis zunächst auf sich warten: dringend notwendige Verbesserungen im Liniennetz anderer Kommunen des Kreises, das Lead-City Projekt, die Einführung von Schnellbuslinien sowie die Planung der Stadtbahn Niederkassel wurden vorgezogen und führten zu Verzögerungen bei der Planung für Alfter. Umso schlimmer ist es, dass die Verwaltung und die Mehrheit der Alfterer Politiker dieses Angebot des Kreises, nun endlich die Linie 882 zu verbessern, jetzt streichen lassen.

20XX:

- Es ist nun unklar, wann Alfter eine derartige Chance wieder nutzen könnte.

Michael Schroerlücke



CDU, SPD, FDP und UWG verhindern Verbesserungen bei der Alfterer Kleinbuslinie „Wir sind ja für ÖPNV, aber...“

Bereits seit 2016 setzen sich die Alfterer Grünen für eine Verbesserung der Kleinbuslinie 882 in Alfter ein. Wir beantragten die Einführung eines 20-Minuten Taktes und die Erschließung weiterer Gebiete in den Alfterer Hanglagen.

Beim Rhein-Sieg-Kreis hatten wir nach langer Zeit Erfolg mit unserem Vorhaben. Im Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises wurde einstimmig beschlossen, das Angebot der Kleinbuslinie 882 deutlich zu verbessern und weitere Bereiche der Hanglagen einzubeziehen. Die Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises hatte verschiedene Alternativen zur Verbesserung des Angebots erarbeitet und der Gemeinde zur Abstimmung vorgelegt.

Die Verwaltung der Gemeinde Alfter argumentierte jedoch im Hauptausschuss mit zu hohen Kosten für das Vorhaben angesichts der Haushaltslage. Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und UWG wurde das Vorhaben zunächst verschoben. Natürlich ist auch diese dringende notwendige Verbesserung des Angebots mit Kosten verbunden. Für die Gemeinde bedeutet das, dass jährlich etwa 100.000 Euro mehr an den Kreis zu überweisen sind. Es entstehen auch Kosten durch den barrierefreien Bau von Haltestellen. Diese betragen ca. 25.000 Euro pro Haltestelle. Dazu stehen aber Fördermittel zur Verfügung, die 90% der Kosten abdecken. Ein möglicherweise notwendiger Ausbau eines Straßenstücks muss nur im notwendigen Umfang erfolgen, damit die Busse ausweichen können.

Keine Verkehrswende in Alfter?

„Wir müssen die Verkehrswende schaffen! Wir müssen den ÖPNV verbessern! Wir brauchen dringend mehr Radwege, Radschnellwege, Fahrradstraßen, Radabstellanlagen ...“ Angesichts dieser Parolen könnte man meinen, alle Parteien wollten eine Verkehrswende. Anders sieht es jedoch aus, wenn man die „Erfolgsbilanz“ der Alfterer Verkehrspolitik genauer unter die Lupe nimmt: bei allem Gerede über die Notwendigkeit einer Verkehrswende werden dafür notwendige Maßnahmen nicht umgesetzt oder immer wieder verschoben.

Es vergingen etwa 15 Jahre, bis die von den Grünen beantragten Fahrradboxen an den Haltepunkten der S 23 und der Stadtbahnlinie 18 endlich realisiert wurden.

Jedoch fehlen noch Abstellanlagen an weiteren zentralen Punkten der Gemeinde, wie dem Witterschlicker Dorfplatz, im Bereich des Rathauses und am Herrenwingert in Alfter.

Seit 2022 fordern die Grünen die Einrichtung und Ausschilderung von alternativen Routen, die ein gefahrloseres und komfortableres Fahren für Radfahrende in der Gemeinde Alfter ermöglichen. Ziel der Initiative war es, als Alternative zu viel befahrenen Hauptverkehrsstraßen parallel führende Straßen als Fahrradstraßen auszuweisen, um einen sicheren Radverkehr zu ermöglichen. Fahrradstraßen sind kostengünstig und schnell zu realisieren. Daher stellen sie eine Problemlösung für wichtige Elemente der Alfterer Verkehrsproblematik dar, wie auch im Mobilitätskonzept der Gemeinde vorgesehen.

Die Alfterer Politik befürwortete zwar die Einrichtung von Fahrradstraßen, jedoch hatte man auch bei diesem Vorhaben die Rechnung ohne das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises gemacht. Diese hat keine der zur Überprüfung vorgelegten Straßen als Fahrradstraße akzeptiert.

Die ablehnenden Gründe laut Straßenverkehrsamt:

- Erforderliche Fahrgassenbreiten (4.00 m) werden teilweise unterschritten.
- Hoher innerörtlicher Durchgangsverkehr – daher sei Radverkehr keine dominante Verkehrsart
- Hoher Parkdruck
- Keine strategische Funktion im örtlichen Radverkehrssnetz

Fazit: Es soll alles so bleiben wie es ist. Der Autoverkehr hat weiter die dominierende Rolle, Radfahren in Alfter bleibt auf vielen Routen unbequem, mitunter sogar gefährlich.

Denn: für Radwege ist kein Platz. Für Schutzstreifen reichen die Fahrbahnbreiten nicht aus. Für Fahrradstraßen sind laut Straßenverkehrsamt

Die Überarbeitung der Alfterer Kleinbuslinie 882 wäre eine große Chance gewesen, das Nahverkehrsangebot weiter zukunftsweisend zu verbessern. Bestehende Kapazitätsengpässe wären beseitigt worden. Die Anschlüsse an die Regionalbahnen am Bahnhof Roisdorf und die Stadtbahnen in Alfter wären deutlich besser als jetzt. Durch die vom Rhein-Sieg-Kreis vorgeschlagenen Alternativen der Linie 882 wären auch weitere Bereiche der Alfterer Hanglagen erschlossen worden. Gerade dort, wo neu gebaut wird, muss ein Nahverkehrsangebot vorhanden sein. Insbesondere wichtig ist dies an den Hanglagen, wo das Radfahren schwierig ist. Besonders ältere Menschen und Kinder benötigen den ÖPNV als Alternative zum Auto.

Dass die Gemeinde das Angebot des Kreises ausschlägt, ist nicht nachvollziehbar. Schließlich sollen die Fahrgastzahlen im ÖPNV deutlich gesteigert werden, um die Klimaziele zu erreichen. Wenn man schon nicht bereit ist, eine an der Kapazitätsgrenze fahrende Linie zu verdichten und neue Bereiche mit Linienverkehr zu erschließen, wird das mit der Verkehrswende und den Klimaschutzziele nicht.

Die Alfterer Grünen fragen sich jetzt natürlich, auf welchen Zeitpunkt die dringend notwendigen Verbesserungen im Kleinbusangebot verschoben werden sollen. Schließlich ist absehbar, dass sich die Haushaltslage in nächster Zeit nicht bessern wird ...

Michael Schroerlücke

die Fahrbahnbreiten zu gering. Was bleibt also übrig, um den Radverkehr in Alfter zukünftig sicherer zu führen? Erstmal nichts.

Auch kleinere Vorhaben werden nicht zeitnah realisiert. Im Februar 2022 beantragten die Grünen, einen Verbindungsweg zwischen Raiffeisenstraße und Kirchweg in Witterschlick so herzurichten, dass er für Radfahrende sowie Fußgängerinnen und Fußgänger gut nutzbar ist. Dies ist bis heute nicht umgesetzt worden. Der Weg wäre bei guter Beschaffenheit eine sehr nützliche Abkürzung für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende. Radfahrenden ermöglicht er darüber hinaus das Umfahren eines kurzen Abschnitts der Hauptstraße zwischen den Einmündungen Kirchweg und Raiffeisenstraße.

Ein Silberstreifen am Horizont ist die Radpendlerroute von Bornheim über Alfter nach Bonn, die im letzten Jahr auf dem Gebiet der Gemeinde Alfter fertiggestellt wurde. Eine tolle Maßnahme, die von zahlreichen Radfahrenden genutzt wird. Allerdings wäre es notwendig, das Radfahrende jetzt auch z.B. über Fahrradstraßen diese Radpendlerroute sicher erreichen könnten.

Auch in Bereich des öffentlichen Nahverkehrs tut sich zu wenig. Seit 2015 gibt es keine signifikante Verbesserung im Busverkehr in der Gemeinde Alfter:

- Der Ortsteil Volmershoven hat immer noch kein ausreichendes Busangebot. An Sonntagen verkehrt nur alle zwei Stunden ein Bus nach Bonn.
- Die Alfterer Hanglagen sind nicht vollständig erschlossen. Eine Erweiterung und Taktverdichtung für die Linie 882 wurde kürzlich „zunächst“ verschoben. Grund dafür: die Haushaltslage.
- Zu befürchten ist, dass auch weitere Verbesserungen im Alfterer Busangebot, wie die von der Verwaltung selbst vorgeschlagene Linie von Volmershoven über das Neubaugebiet Buschkauler Feld zum Rathaus, Opfer der knappen finanziellen Mittel in Alfter werden.

Deutlich besser sieht es bei der Stadtbahnlinie 18 und der S 23 aus. Beide Strecken sollen durchgängig zweigleisig ausgebaut werden. Die S 23 wird bis 2026 elektrifiziert sein. Der von den Alfterer Grünen geforderte Halt in Volmershoven hat eine wichtige Hürde schon genommen: er lässt sich durch den Einsatz von Elektrotriebwagen, die deutlich spurtstärker sind als der aktuell eingesetzte Dieseltriebwagen „Lint“, in den Fahrplan integrieren. Allerdings muss die noch offene Potenzialberechnung zu dem Ergebnis kommen, dass sich ein Halt in Volmershoven lohnt. Man darf gespannt sein ...

Michael Schroerlücke

Argumente gegen die Notwendigkeit klimaschützender Maßnahmen – und warum sie schaden

In den vergangenen Jahrzehnten hatte nicht nur die Politik die Erderwärmung und deren Verursachung durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe schlicht geleugnet oder deren Folgen heruntergespielt. Die verantwortlichen Wissenschaftler wurden diskreditiert oder der erkennbare wissenschaftliche Konsensus bestritten. Diese Strategien waren eine gewisse Zeit lang recht erfolgreich und haben entscheidend zur Verzögerung wirksamer Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung und Klimawandel beigetragen. Allerdings funktionieren diese Tricks heute nicht mehr so gut. Und doch scheinen sich aus den Kreisen der Parteipolitiker sehr viele darin zu überbieten, gegen gezielte Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels zu argumentieren.

Eine wissenschaftliche Untersuchung hat die Grundlagen solcher Argumentationsstrategien aufdecken können. Vier grundsätzliche Ansätze liegen den Kommunikationskampagnen zugrunde, die jeweils mit drei Taktiken untermauert werden.

1. Verantwortung umlenken

- Individualismus: „Nicht die Politik, sondern die Konsumenten sind verantwortlich. Wir sollten ihnen nichts vorschreiben.“
- Ablenkung auf andere: „Wir sind ja nur für einen kleinen Teil der Emissionen verantwortlich. Unser Anteil ist im Vergleich zu China/Indien/... vernachlässigbar.“
- Die Trittbrettfahrer-Ausrede: „Wenn wir einsparen, werden andere Länder dies ausnutzen.“

2. Nicht-transformative Lösungen vorschieben

- Technologischer Optimismus: „Wir sollten unsere Bemühungen auf neue Technologien konzentrieren, die die Probleme lösen werden.“ Hier werden oft Technologien vorgeschlagen, die noch gar nicht entwickelt sind oder deren Umsetzung sehr hohe Kosten verursacht. Daher bedeutet dieses Argument nur ein Aufschieben. Beispiele dafür sind: CO₂-Einlagerung, E-Fuels sowie „mehr Technologieoffenheit“, aber auch die weitere Nutzung der Kernkraft mit ihren Risiken und dem bislang ungelösten Entsorgungsproblem.
- Nur Worte, keine Taten: „Wir sind führend in der Nachhaltigkeit. Wir bekennen uns zum 1,5-Grad-Ziel“, auch wenn keine Maßnahmen getroffen werden, die diese Ziele wirklich erreichen können, wie beispielsweise immer noch im Verkehrsbereich.
- Fossile Brennstoffe als Lösungsansatz: „Unsere fossilen Brennstoffe und Motoren werden immer effizienter und sind eine Brücke in die Zukunft“, oder die Diskussion um E-Fuels.

3. Hervorheben der Kehrseiten, warten auf Ideallösungen

- Nur Zuckerbrot, keine Peitsche: „Wir fördern die Eigenverantwortung der Bürger, restriktive Maßnahmen werden scheitern.“
- Soziale Gerechtigkeit als Vorwand: „Wärmewende ohne soziale Kälte“
- Politischer Perfektionismus: „Wir sollten nur perfekt ausgearbeitete Lösungen umsetzen, die von allen Betroffenen unterstützt werden.“

4. Kapitulation

- Appell an das Wohlbefinden: „Fossile Brennstoffe sind für die Wirtschaft notwendig. Wenn sie aufgegeben werden, leiden die Ärmsten dieser Welt.“
- Untergangsfantasien: „Es ist unvermeidlich, aber mit Gottes Hilfe werden wir es überstehen.“
- Wandel ist unmöglich: „Jede wirksame Maßnahme würde die Grundlage unseres heutigen Wohlstandes zerstören, das können wir nicht zulassen.“

Diese Tricks haben in den letzten Wochen eine starke Wirkung in der politischen Debatte entfaltet und es ist nicht gelungen, mit Gegenargumenten durchzudringen. Auch eindrückliche Daten zur Temperaturerhöhung in Europa (in Bonn z.B. lagen die Temperaturen im vergangenen August um 3,8 °C höher als im langjährigen Mittel), Wassermangel und Überschwemmungen wurden von der Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrgenommen.

Dies kann zu einer deutlichen Verzögerung der notwendigen Maßnahmen zur CO₂-Reduktion führen. Das Beispiel der Reduktion von Emissionen aus Gebäuden – Stichwort neues Gebäudeenergiegesetz – zeigt, dass nach jahrzehntelanger Vernachlässigung die Anpassung umso schwieriger wird, je weniger Zeit verbleibt. Anscheinend ist die Bereitschaft groß, den einfachen Botschaften der Klimabremser zu folgen.

Ob es im Zuge dieser Kampagnen zu einer Neuverteilung der politischen Macht kommt – und damit erneut zu einer Stagnation im Kampf gegen den Klimawandel – wird auch davon abhängen, ob wir Bürger diese Tricks durchschauen.

Axel Glasmacher

Beispiel Gebäudeenergiegesetz (GEG)

Der Streit um das GEG ist ein gutes Beispiel:

Für die meisten Hausbesitzer ändert sich zunächst nichts. Sie müssen erst, wenn die Heizung ihres Hauses irgendwann kaputtgeht, eine klimafreundliche Variante einbauen und sollen dabei vom Staat kräftig unterstützt werden. Trotzdem wird von interessierter Seite das „Heizungschaos“ inszeniert.

- Die Vorgängerregierungen hatten die Problematik der energetischen Anpassung von Gebäuden (Wärmeisolation, CO₂-Emissionen, Energiekosten) über Jahrzehnte vernachlässigt.
- Gleichzeitig wurde uns durch die niedrigen Preise für fossile Energie die Illusion, dass alles gut sei, vorgegaukelt. Die tatsächlichen Kosten des emissionsbedingten Klimawandels trägt die Allgemeinheit. Dies wird sich ändern und die Preise für fossile Energie werden in den kommenden Jahren bis 2030 rasch und sehr hoch ansteigen. Daher müssen Hausbesitzer und Vermieter reagieren.
- Nicht wenige haben bereits aus eigener Verantwortung gehandelt und sich um die gute Isolation ihres Hauses und nicht-fossile Wärmequellen gekümmert. Es ist ja nicht so, dass das Problem bisher nicht bekannt war.
- Wenn – bedingt durch die lange Tatenlosigkeit – jetzt rascher gehandelt werden muss als z.B. vor zehn Jahren, entstehen Anpassungsprobleme, die vermeidbar gewesen wären.

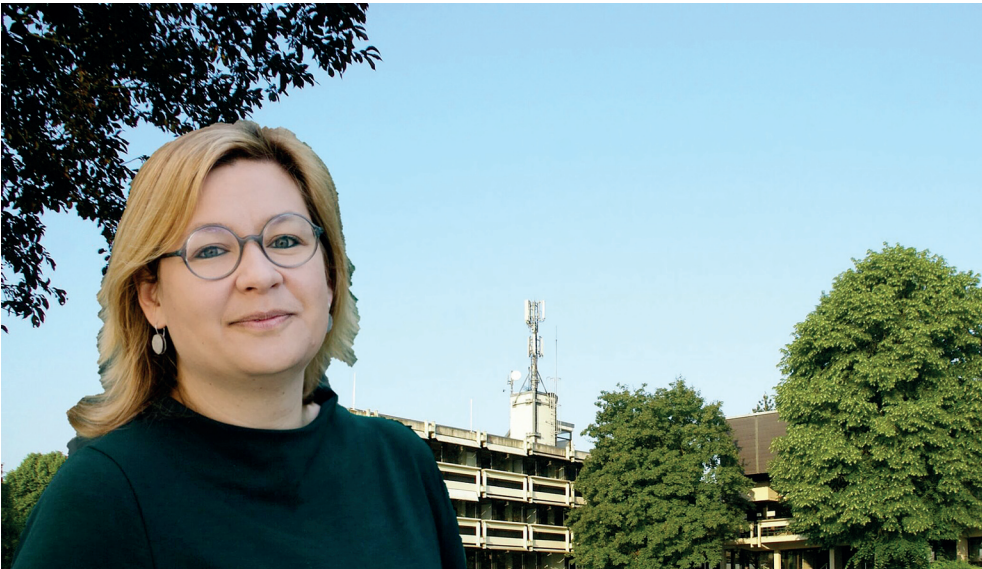
- In dieser Situation finden wir viele der oben aufgeführten Argumentationsstrategien bei Parteien und Politikern wieder, die diese Situation für den eigenen Vorteil ausnutzen wollen.

Einige Beispiele:

- Dem GEG wird von der CDU „soziale Kälte“ unterstellt, allerdings ohne auf die wesentlich schlimmeren sozialen Auswirkungen dauerhaft steigender Energiepreise hinzuweisen.
- Es wird auf das Erreichen der Klimaschutzziele primär über den Emissionshandel verwiesen (FDP-Parteitag), allerdings ohne zu erklären, wie die dann noch höheren Preise sozial verträglich sein sollen.
- Wie auch im Verkehr wird eine Illusion der „Technologieoffenheit“ geschaffen, als ob bis zum Ende des Jahrzehntes Wasserstoff in Gasheizungen verbrannt werden könnte (FDP).
- Die sogenannten „handwerklichen Mängel“ im Gesetzentwurf sollen dazu führen, dass die Maßnahmen ganz aufgeschoben werden und erst an „perfekten“ Lösungen gearbeitet wird. Auf diese Weise kann man immer irgendwelche Mängel definieren und feststellen, die zunächst beseitigt werden müssen, und so das Verfahren verschleppen. Da „perfekte“ Lösungen auch immer eine Frage der jeweiligen politischen Ansichten sind, kann man Gesetzesvorhaben nutzen, um sich – nicht nur in der Oppositionsrolle – zu profilieren, Maßnahmen zu verschleppen oder zu relativieren.

Grünen-Treff zum Gebäudeenergiegesetz:

Habecks „Heizungshammer“ oder sinnvolles Gesetz?



Katrin Uhlig, MdB, zu Gast in Alfter

Am 16.05.2023 luden die Grünen in Alfter interessierte Bürgerinnen und Bürger ein, sich über das neue Gebäudeenergiegesetz zu informieren und auch zu diskutieren. Gastrednerin bei diesem Grünen-Treff war Katrin Uhlig, für die Stadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis im Bundestag, anwesend. Viele interessierte Gäste lauschten aufmerksam Katrin Uhligs Ausführungen rund um die Vorschläge, welche die Ampelkoalition zum Thema „Heizen“ und „Heizungen“ in den Bundestag zur Beratung einbringen will.

Vorhandene Gas- und Ölheizungen dürfen weiterbetrieben werden

Katrin Uhlig, selbst Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie des Deutschen Bundestages, wies darauf hin, dass der vorgelegte Gesetzentwurf nicht bedeutet, dass alte Heizungen sofort ausgebaut werden müssen, sondern weiterbetrieben werden können. Die bereits von der großen Koalition festgelegten Regeln zur Nutzungsdauer von Heizungen gelten weiterhin: Öl und Gasheizungen dürfen 30 Jahre, Heizungen mit Niedertemperatur oder Brennwertkessel dürfen sogar bis Ende 2044 genutzt werden. Ebenso können defekte Heizungen weiterhin repariert werden. Erst wenn eine neue Heizung eingebaut werden soll, greift das neue Gebäudeenergiegesetz: demnach muss bei jeder neu eingebauten Heizung mindestens 65% der Wärme aus erneuerbaren Energien kommen.

Förderprogramme zur Umstellung auf klimafreundliche Heizungen

Wichtig ist für Uhlig auch der soziale Ausgleich, weswegen die Grünen in der Ampel eine einkommensabhängige Förderstaffel vorgeschlagen haben, die ausgehend von einer Grundförderung von 30 % der Kosten für eine neue Heizung in der Spitze bei 80% liegen würde. Außerdem sind Härtefallregelungen vorgesehen, damit vor allem Rentnerinnen und Rentner nicht unnötigen finanziellen Belastungen ausgesetzt werden.

Wärmepumpe nicht zwingend vorgeschrieben – Energieberatung vor Ort ist sinnvoll

Für Menschen, bei denen in Zukunft ein Tausch der Heizanlage ansteht, wird es wichtig sein, dass sie sich vor der Anschaffung der neuen Anlage an einen Energieberater wenden. Dieser kann im Einzelnen die jeweilige Situation vor Ort bewerten und mit ihnen gemeinsam erörtern, welches Heizungssystem das richtige für ihr Haus ist. Eine Wärmepumpe ist dabei nicht zwingend vorgeschrieben, ist aber in den meisten Fällen die sinnvollste Lösung.

Fachkräftemangel und Genehmigungszeiten ein Hindernis?

Im Rahmen der Diskussion kamen auch Fragen bezüglich der Genehmigungsverfahren und des Fachkräftemangels auf. Zu beiden Themen konnte Katrin Uhlig vorsichtig Entwarnung geben. Es ist richtig, dass der bürokratische Prozess bei Genehmigungen von Solaranlagen derzeit zu lange dauert. Hier werde aber mit Hochdruck an der Entbürokratisierung gearbeitet. Auch der Fachkräftemangel sei ein Problem. Allerdings haben die hiesigen Handwerkskammern das Problem bereits erkannt und den Einbau von Wärmepumpen zu einem festen Bestandteil der entsprechenden Ausbildungsberufe gemacht. Bisher war hierfür eine Zusatzqualifikation nötig. Auch dass der Strom für den Betrieb von Wärmepumpen derzeit noch einen hohen Anteil von umweltschädlichem Kohlestrom enthalte, sei nur ein kurzfristiges Problem, da der Ausbau der erneuerbaren Energien mit Hochdruck voranschreite. Insbesondere NRW tut sich hier unter Wirtschaftsministerin Mona Neubauer von den Grünen derzeit sehr positiv hervor.

EU-Beschlüsse verteuern CO₂ Bepreisung – eine klimafreundliche Heizung lohnt sich

Auch wenn es durch das Gebäudeenergiegesetz kein explizites Verbot von Öl- und Gasheizungen geben wird: die Umstellung auf eine klimafreundliche Heizung wird sich auf Dauer zudem finanziell lohnen. Schließlich wird ab dem kommenden Jahr die CO₂ Bepreisung weiter steigen. Dies erfolgt auf der Basis eines EU-Beschlusses, gilt für alle Länder der Europäischen Union und führt dazu, dass in Zukunft fossile Brennstoffe wie beispielsweise Erdgas deutlich teurer werden. Dann steigt auch deren Preis für Endverbraucher erheblich.

Ebenso sind die Produktionsaufwände für Wasserstoff so hoch, dass auch hier in der Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit keine günstigen Preise für den Endverbraucher zu erwarten sind.

Benedikt Malitte

Kabinettsentwurf zum Gebäudeenergiegesetz

Der Entwurf der Regierung für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist gerade in aller Munde. Mit diesem Entwurf hat die Bundesregierung einen Vorschlag für die Umsetzung der Klimaziele im Wärmebereich mit Blick auf Heizungen vorgelegt. Denn gerade im Gebäudebereich muss viel passieren, wenn wir unser Klima schützen wollen. Das Gesetz sieht deshalb vor, dass Heizungen, die nicht mehr zu reparieren sind, durch klimafreundliche Heizungen mit mindestens 65% Erneuerbaren Energien ersetzt werden sollen. Sofern eine Heizung noch zu reparieren ist, kann diese natürlich repariert und weiter genutzt werden. Zudem bietet das Gesetz verschiedene Möglichkeiten, durch welche Technologien die 65% Erneuerbare Energien erreicht werden können. Denn Erdgas und Heizöl entpuppen sich immer mehr als Kostenfalle. Durch eine andere Heizung soll die Wärmeversorgung auch perspektivisch bezahlbar bleiben.

Wer eine neue Heizung braucht, den wollen wir mit einer sozialen und gerechten Förderung entlasten, sodass sich jede*r eine moderne und effiziente Heizung leisten kann. Für den Heizungsumstieg soll es eine 30-Prozent-Grundförderung geben. Die Förderkulisse wollen wir Grüne um eine sozial gestaffelte Förderung ergänzen, so dass insgesamt bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten für eine neue, klimafreundliche Heizung gefördert werden können. Der Gesetzentwurf enthält zudem Übergangsfristen und Härtefallregelungen. Zudem gibt es bereits heute Förderung für neue, moderne und klimafreundliche Heizungen.

Aktuell steht die erste Befassung im Bundestag an. In den Beratungen im Bundestag diskutieren die verschiedenen Fraktionen, ob und wenn ja, welche Änderungen aus ihrer Sicht am Gesetzentwurf noch notwendig sind, bevor das Gesetz beschlossen werden kann. Das heißt, es kann noch zu Änderungen am Gesetzentwurf kommen. Erst wenn das Gesetz beschlossen ist, ist final klar, welche Regelungen es für den Einbau von neuen Heizungen und für eine klimafreundliche und bezahlbare Wärmeversorgung geben wird.

Katrin Uhlig

Grüne Stricktreffen in Alfter

Die Pandemie hat viele Folgen in unserer Gesellschaft hinterlassen. Wir Menschen sind soziale Wesen, und die Angst, Ungewissheit und soziale Isolation in der Pandemie haben die Spaltungen in der Gesellschaft vergrößert. Wie kann man da nun ein Gegengewicht schaffen, mehr Verbindungen knüpfen oder stärken?

Verbindung entsteht über gemeinsames Schaffen und nach meiner eigenen Lebenserfahrung tatsächlich auch durch gemeinschaftliches Handarbeiten. So entstand die Idee, ein Treffen für alle an Häkeln oder Stricken Interessierten in der Gemeinde zu organisieren. Die Genussschule mit ihrem liebevoll dekorierten Ambiente bildet hierzu einen idealen Rahmen.

Also luden wir ein zum ersten Grünen Stricktreffen in Alfter. Es kamen 16 Teilnehmerinnen und wir hatten ein wundervolles Treffen mit viel gegenseitigem Austausch, Ratschlägen bei schwierigen Projekten, Bewundern der Arbeiten, Erzählen und Lachen. Der Erfolg war so groß, dass viele sich eine Wiederholung wünschten. Diese fand dann mit weniger Teilnehmerinnen statt, dafür war der Austausch und das gegenseitige Kennenlernen um so intensiver.

Wir wollen diese Treffen zunächst einmal pro Quartal organisieren. Wer Interesse hat, melde sich bei: sabina-glassmacher@gruene-alfter.de.

Sabina Glassmacher

Termine:



Sonntag, 18.6.2023:

Grüne Radtour durch Alfter

Start um 14.00 Uhr am Rathaus

Samstag, 16.9.2023:

Grünes Grillfest auf dem Grillplatz des MGV Rheingold Witterschlick

Beginn 16.00 Uhr

Freitag, 12.1.2024

Neujahrsempfang der Alfterer Grünen im Rathaus Alfter
Beginn 19.00 Uhr



Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter
www.gruene-alfter.de

Redaktion: Michael Schroerlücke
Mechtild Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Michael Schroerlücke
Lorenweg 48
53347 Alfter

Wilhelm Windhuis
Buschhövener Straße 35b
53347 Alfter

Redaktionschluss: 24. Mai 2023

Satz, Druck: DWGV Litterscheid
Von-Weichs-Str. 23
53121 Bonn

Sonnenblumen: ©shutterstock_2160371423

Auflage: 10.500 Exemplare